No. 268. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigen Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 10. Juni 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Rotthuserstr 1, Sonnenstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 a, Gr. Frankfurterstr. 87, Kyffhäuserstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstraße 3, Potsdamerstraße 35, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 105, Wittenbergerstr. 5, Charlottenbg. Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Westend, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das „liberalste Vereinsgesetz Europas".

Auf nichts tut sich der bülowfromme Blockfreisinn so viel zugute wie auf die „Errungenschaft" des neuen Vereinsgesetzes. In einem blockfreisinnigen Flugblatt, das vor der Wahl in Berlin verbreitet wurde, schwatzte man den Lesern vor, das neue Reichsvereinsgesetz sei das „liberalste Vereinsgesetz in Europa". Und das, trotzdem es im § 7 ein schlimmes Ausnahmegesetz darstellt! Und das weiter, trotzdem das Gesetz keinerlei Schutzbestimmungen enthält gegen die berühmte reaktionäre Verwaltungspraxis in Preußen, die bisher noch immer gewußt hat, jedes Gesetz in reaktionärem Sinne so anzuwenden, daß die Reaktionären den Vorteil, die Liberalen den Nachteil haben.

Die „Volks-Zeitung" wies sofort auf diese Gebrechen des neuen Vereinsgesetzes hin; sofort bezeichneten wir die Blockfreisinnigen, die das Gesetz als eine ungeheuere „Errungenschaft" priesen, hart aber gerecht als politische Charlatane, die sich auch jetzt wieder von der Reaktion arg dupieren ließen. Natürlich erfolgte auf diese nüchterne Feststellung nüchterner Tatsachen der übliche Kübel gehäßiger Schimpfereien gegen die „Volks-Zeitung".

Aber wie immer, hat auch diesmal wieder die „Volkszeitung" recht behalten. Denn inzwischen hat sich in der blockfreisinnigen Presse in Berlin wie in der Provinz ein wehleidiges Jammern darüber erhoben, was die unteren Verwaltungsbehörden aus dem angeblich so herrlichen und liberalen Vereinsgesetz in der Praxis machen. Wie bekannt, braucht eine politische Versammlung nicht polizeilich angemeldet zu werden, wenn sie in der Presse öffentlich angekündigt wird. Das hört sich furchtbar liberal an für solche Politiker, die nicht alle werden. In Wirklichkeit wird daraus das vollkommenste Gegenteil von Liberalität, weil man der Verwaltung die Bestimmung der Zeitungen überläßt, die als Publikationsorgane gelten sollen. Wir unserseits haben sofort auf den reaktionären Sinn dieser Ausführungsbestimmung hingewiesen, während die blockfreisinnige Presse blind und schweigend weitertappte. Inzwischen sind die lieblichsten Beispiele dafür bekannt geworden, wie die reaktionären preußischen Verwaltungsbehörden sich mit der Auswahl der Zeitungen abfinden. Ein besonders geschickter Verwaltungsbeamter hat in einem ostelbischen Landkreis weit von Berlin als Publikationsorgan das in Berlin erscheinende Organ des Bundes der Landwirte bestimmt. Beispiele ähnlicher Prachtleistungen der Bureaukratie sind in letzter Zeit zahlreich aufgetaucht. Die blockfreisinnige „Königsberger Hartung'sche Zeitung" schreibt aus dem Kreise Labiau-Wehlau:

> Wie sich die Behörden hier zu den politischen Parteien stellen, ergibt sich aus der Ausführung der neuen vereinsgesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Bekanntmachung von Versammlungen in den Zeitungen, die die polizeiliche Anmeldung ersetzen sollen. Als die zwei dazu geeigneten Blätter sind die „Labiauer Kreiszeitung" und die „Ostpreußische Zeitung" in Königsberg ausersehen. Abgesehen davon, daß beide Blätter konservativ sind, nimmt das erstere freisinnige Anzeigen überhaupt nicht auf, während das zweite, wie uns berichtet wird, in der Stadt Labiau nur eine sehr geringe und in dem Landkreis auch nur eine nicht erhebliche Verbreitung besitzt. Die **nichtkonservativen** Parteien sind also nach wie vor zur **polizeilichen Anmeldung genötigt.** Somit fällt die Erleichterung, die das Vereinsgesetz in dieser Beziehung bringen sollte, durch seine Ausführung seitens der Verwaltungsbehörde vollständig fort. Es ist dies ja nicht der einzige derartige Fall.

Dieses Gejammer der blockfreisinnigen Presse ist nicht ohne Komik. Wir haben vorausgesagt, daß es so kommen würde; uns hat die blockfreisinnige Presse mit ungebildeten Schimpfereien bedacht. Vielleicht lernen die Blockfreisinnigen daraus, daß, was wir sagen, lieber zu beherzigen, als mit üblen Schimpfereien abzutun.

Der Blockkrach in Oberschlesien.

Vor der Wahl veröffentlichten wir die Zuschrift eines oberschlesischen Bergmannes. In dieser wurde dem Blockfreisinn, der mit den oberschlesischen Wahlrechtsfeinden nationalliberaler und konservativer Richtung ein Kartell abgeschlossen hatte, eine sichere Niederlage vorausgesagt, da natürlich kein oberschlesischer Arbeiter den Kompromißkandidaten seine Stimme zuwenden könne. Die Blamage ist pünktlich eingetroffen. Nun ist der Katzenjammer der Blockliberalen natürlich riesengroß. Das „Oberschlesische Tageblatt" stöhnt:

> „Leider hat man bei der Auswahl der Kandidaten nicht immer eine glückliche Hand gehabt. Da ist zunächst Dr. Volz für Kattowitz-Land-Zabrze. Ob denn die Großindustrie uns endlich einsehen wird, daß Dr. Volz für das parlamentarische Leben vollständig ausgespielt hat, nachdem er sich durch seine ebenso unvorsichtigen und unnötigen wie aufreizenden und wenig verständigen Reden so arg kompromittiert?! Wir wollen an dieser Stelle seine Sünden, die den Gegnern das trefflichste Material an die Hand gaben, nicht noch einmal aufzählen. Aber wenn ein Kandidat noch obendrein im Wahlkampfe hier im arbeiterreichen Industriebezirk gegen die geheime und direkte Wahl (Myslowitz und Zabrze) spricht, dann kämpfen für solchen Schildträger die Götter selbst vergebens, zumal sich der Parteitag seiner eigenen Partei (Magdeburg) für die geheime und direkte Wahl ausgesprochen hat. Den Dr. Volz haßt die oberschlesische Arbeiterschaft, schon die bloße Nennung seines Namens versetzt die Leute in Rage, da er wohl ein ausgezeichneter Vertreter der Großindustrie ist — das ist aber auch alles. In Bürger- und Arbeiterkreisen bezeichnet man ihn als Arbeiterfeind. Und wenn die Freisinnigen auf dem Lande in den sauren Volz-Apfel bissen und diesem ausschließlichen, unsympathischen Kandidaten die Stimme gaben, so taten sie es widerwillig, mit der Faust in der Tasche, nur mit Rücksicht auf die Lage in den drei Städten. Kaum dürfte es im ganzen Staate eine Partei geben, die eine größere Blamage erlitten hat als gestern die Hüttenpartei . . . Die unklige Hüttenpartei hat jetzt die Quittung erhalten nicht nur für das, was Herr Volz im Abgeordnetenhause kurz und klein geredet hat, sondern auch für das Verhalten so mancher Großindustrieller. Da nützen die „geschlechtslosen" Arbeitergesangvereine, die geeignet sind, die Heuchelei groß zu ziehen und den Charakter zu verderben, nichts; da hilft kein Kriegervereinswesen, kein Vergeben von Prämienuhren mit arbeiterfreundlicher Salbaderei der Gewaltigen. Heute steckt der Arbeiter nicht mehr so tief in der Unkultur, daß er geduldig mit sich umspringen läßt. Und das ist gut so. Mögen sich die Führer der Hüttenpartei nur weiter so als echte Herrennaturen geben, dann Glück auf zur Fahrt ins eigene Verderben."

Nicht besser ist es dem zur freisinnigen Volkspartei und natürlich demgemäß auch zum Bülow-Block schwörenden Reichstagsabgeordneten Dr. Doormann ergangen, den man, um einem dringenden Bedürfnis nach möglichst viel Doppelmandaten abzuhelfen, gleichfalls als Blockkandidaten aufgestellt hatte. Auch ihn hat die Wählerschaft, die den Block durchschaut hat, glatt in der Versenkung verschwinden lassen.

Eulenburg, der „Geisteskranke".

Wie der „Univ. Korr." von „gutunterrichteter Seite" mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten, die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen" gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren Fetischist gewesen sei. So erzählt man, er habe Stiefelsohlen und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „krankhafte" Neigung für Gartenzäune und Gartengitter besessen haben. Im Park von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen darum, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war.

Es fehlt nur noch, daß man auch seine Kompositionen als Zeichen der Geistesschwäche heranzieht.

Aus dem Reiche des Herrn Holle.

Aus **Nordhausen** schreibt man uns:

Der Volksschullehrer Temme in Nordhausen, ein warmherziger Sozialpolitiker und eifriger Vorkämpfer der Mäßigkeitsbewegung, von dem man sagen kann: Ihn jammerte des Volkes, hielt bis jetzt ungestört in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen Nordhausens Vorträge über die Wohnungsfrage, Säuglingssterblichkeit und andere Fragen auf Grund eines mit großem Fleiß gesammelten statistischen Materials. Wegen eines in einem Arbeiterverein zu Eisleben über Säuglingssterblichkeit gehaltenen Vortrages bei der Regierung zu Erfurt denunziert, drohte diese ihm die Amtsentlassung an, sobald er wieder seine beschworene Dienstpflicht verletze.

Inwiefern hat denn der Lehrer seine Dienstpflicht verletzt? Hat er um der Vorträge willen seine Schulstunden ausfallen lassen? Nein? Hat er sich gegen sein Amt vergangen, indem er sich um die Not des Volkes bekümmerte und belehrend und aufklärend in weiteren Kreisen wirkte??

Abgeordneter v. Vollmar erkrankt.

Wie die „Frankf. Ztg." aus München meldet, ist der Abgeordnete v. Vollmar in Soiensaß am Walchensee schwer erkrankt. Er hat hohes Fieber und klagt über Schmerzen auf der Brust und im Rücken. Die Aerzte konstatierten Lungenentzündung.

Zum österreichischen Studentenstreik

wird aus Wien telegraphisch gemeldet: Die für heute angesetzte Rektorenkonferenz im Unterrichtsministerium ist auf den 13. d. M. verschoben worden. Die Meldung, daß der Konferenz der Vorschlag unterbreitet werden soll, das Sommersemester gleich nach Pfingsten zu schließen, ohne daß die Studenten dieses Semester verlieren würden, entspricht durchaus nicht den Tatsachen.

Ein italienisch-kroatischer Zwischenfall.

Ein Telegramm aus Triest meldet, daß fünf italienische Matrosen des Dampfers „Beato" von einer Gruppe Kroaten in den Straßen von Sebenico angegriffen wurden; bei dem entstandenen Handgemenge wurde ein Kroat getötet. Die Polizei begab sich an Bord des Schiffes und verhaftete dort drei Matrosen, die trotz ihrer Unschuldsbeteuerungen in das Gefängnis abgeführt wurden.

Generalstreik der Pariser Bauarbeiter?

Einem Telegramm aus Paris zufolge ließ der Verband der Bauarbeiter in der vergangenen Nacht einen Aufruf anschlagen, in dem alle Bauarbeiter aufgefordert werden, sich abends zu versammeln, um angesichts des Vorgehens der Regierung gegen die Ausständigen von Vigneux ernste Beschlüsse zu fassen. Man glaubt, daß es sich um die Ausführung eines 24- oder 48stündigen Gesamtausstandes handelt.

Duma und Großfürst.

Aus Petersburg wird gemeldet: In ihrer gestrigen Tagessitzung ging nach Verhandlung kleinerer Gesetzvorlagen die Duma über zur Prüfung des Etats des Kriegsministeriums. Der Referent Gutschkow (Oktobrist) wies unter anderem darauf hin, das Kriegsministerium habe den richtigen Weg für Reformen eingeschlagen, doch gehe es diesen Weg langsam. Der Grund der herrschenden Disharmonie wäre unter anderem der Umstand, daß mehrere, dank ihrer Herkunft unverantwortliche Großfürsten Chefs verschiedener Zweige des Militärressorts seien. Die äußerste Rechte legte Widerspruch gegen weitere Reden ein, die Mitglieder des Kaiserhauses berühren. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Präsidentenwahl in der Union.

Einer halbamtlichen Londoner Zeitungsnachricht aus Washington zufolge sind die Hauptpunkte der republikanischen Platform, die nächsten Dienstag in Chicago angenommen werden soll, folgende: Tarifrevision, Währungsreform, Vermehrung der Flotte, Erhaltung der Landmacht, Förderung des Handels, Unterstützung der Postdampferlinien, Regelung des Korporationswesens.

Die Zusammenkunft von Reval.

In Reval fand gestern um 2 Uhr an Bord des „Polarstern" ein Frühstück aller Fürstlichkeiten statt, an dem die Kaiserin infolge Ermüdung nicht teilnahm. Nach dem Frühstück führte König Eduard mit dem Ministerpräsidenten Stolypin eine lange Unterredung. Der russische Minister des Auswärtigen Iswolski und der englische Unterstaatssekretär Hardinge hatten an Bord der „Almas" eine einstündige Konferenz.

Ein englischer Politiker, der vorzügliche Beziehungen zum Auswärtigen Amt in London hat, schreibt über die Entstehungsgeschichte der englisch-russischen Annäherung in der „Westminster Gazette" einen beachtenswerten Artikel, in dem er sagt:

> Die englisch-russische Freundschaftsbewegung ist nicht bloß eine politische, sondern eine moralische. Nur als die Regierung in den Händen einiger nicht repräsentativer Männer, namentlich deutscher, lag, konnten wir annehmen, daß Rußland unser natürlicher Feind sei. Sobald es seine Vertreter wählen konnte, war es klar, daß die große Masse der Russen antideutsch und gleichzeitig englandfreundlich gesinnt war. Die Deutschen haben sich ihr Bett selbst gemacht, und sie müssen darin liegen bleiben. Deutsche aus Deutschland und Deutsche in Rußland haben alles getan, um die Reaktion in Rußland groß zu ziehen: Sie haben die unrechte Seite gewählt, und sie werden damit in Rußland verlieren. Jede Vermehrung der Freiheit in Rußland hat — und es mußte dazu kommen — zu vermehrtem Widerwillen gegen Deutschland und zu vermehrter Herzlichkeit für England geführt. Das ist nur das natürliche Resultat der deutschen Politik, seine beiden Nachbarn in Unwissenheit und Antagonismus zu erhalten. Das Verständnis ist aber gekommen, und jetzt haben wir ein anderes Bild vor uns."

Diese Ausführungen treffen zu. Neben Stockrussen erweisen sich Deutsche als die schlimmsten Helfershelfer, ja Träger der Reaktion; man denke allein an Plehwe! Auch das Gebaren der deutschen Regierung, die der russischen Polizei unaufhörlich Liebesdienste leistet, wird in dem nach Freiheit dürstenden russischen Volke nicht vergessen werden. So folgt jetzt auf die schlimme Saat eine böse Ernte!

Eine neue Verschwörung in Portugal?

Die Londoner „Central News" meldet aus Lissabon: Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um ein neues Komplott gegen die königliche Familie. Der 10. Juni war zur Ausführung des Anschlages ausersehen, da an diesem Tage die königliche Familie sich nach der Estrella-Kirche begeben wollte, um der Herz Jesu-Feier beizuwohnen. Die republikanische Partei soll bei dem Komplott kompromittiert sein. Ein bekannter Organ dieser Partei soll den Verschwörern bedeutende Gelder zur Verfügung gestellt haben. Die Mehrzahl der Redakteure republikanischer Blätter wurde verhaftet. In einem verlassenen Hause in der Nähe von Lissabon wurde eine Bombenfabrik entdeckt.

Die Deputiertenkammer hat den Entwurf einer Antwort auf die Thronrede mit 101 gegen 17 Stimmen und ferner mit 98 gegen 17 Stimmen zwei Anträge angenommen, durch die der Regierung das volle Vertrauen ausgesprochen wird in bezug auf die Durchführung des in der Thronrede angekündigten politischen Programms.

Muley Hafid in Fes.

Mit dem schon im heutigen Morgenblatt gemeldeten Einzug Muley Hafids in Fes ist der Kampf um den marokkanischen Sultansthron vorläufig wohl entschieden. Aus Tanger wird gemeldet, daß Muley Hafid ein bis zwei Monate in Fes zu bleiben gedenkt und die Absicht hat, sich sodann nach El Kfar und Tanger zu begeben.

Der Pariser „Temps" wendet sich gegen diejenigen deutschen Blätter, die für Muley Hafid eintreten, und schreibt unter anderem: Nicht nur die Achtung vor unseren eigenen Versprechungen, sondern auch die Achtung vor den Beschlüssen Europa's verknüpft uns mit dem legitimen Sulton Abdul Asis, und die deutsche Presse versetzt diese Beschlüsse, wenn sie mit solchem Feuereifer die Sache Muley Hafids verficht. Hoffentlich hat Herr Pichon bereits gesagt, daß wir, indem wir auf Verlangen Deutschlands nach Algeciras gingen, uns und Deutschland gleich uns als durch die Generalakte gebunden ansehen. Europa allein kann Frankreich und Deutschland von dieser Verpflichtung entbinden. Man sah nicht in der Konferenz von Algeciras eine Bürgschaft gegen Frankreich; in dieser nämlichen Konferenz hat Frankreich eine Bürgschaft gegen Deutschland gefunden, und nach dem Ton der deutschen Zeitungen zu schließen, ist der Augenblick nahe, wo wir Anlaß haben, diese Bürgschaft anzurufen.